

Bezirksamtsvorlage Nr. 611
zur Beschlussfassung -
für die Sitzung am Dienstag, dem 25.06.2024

1. Gegenstand der Vorlage:

Einbringung einer Vorlage- zur Beschlussfassung- bei der Bezirksverordnetenversammlung über die Genehmigung der im Haushaltsjahr 2023 zugelassenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen.

2. Berichterstatter/in:

Bezirksbürgermeisterin Remlinger

3. Beschlussentwurf:

I. Das Bezirksamt beschließt:

Die beigefügte Vorlage- zur Beschlussfassung- über die Genehmigung der im Haushaltsjahr 2023 zugelassenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen wird bei der Bezirksverordnetenversammlung eingebracht.

II. Bei der Bezirksverordnetenversammlung ist die beigefügte Vorlage zur Beschlussfassung einzubringen.

III. Mit der Durchführung des Beschlusses wird der Geschäftsbereich Bezirksbürgermeisterin beauftragt.

IV. Veröffentlichung: ja

V. Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen: nein

- a) Personalrat: nein
- b) Frauenvertretung: nein
- c) Schwerbehindertenvertretung: nein
- d) Jugend- und Auszubildendenvertretung: nein

4. Begründung, Rechtsgrundlage und Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung:

bitten wir, der beigefügten Vorlage an die Bezirksverordnetenversammlung zu entnehmen.

5. Gleichstellungsrelevante Auswirkungen:

keine

6. Behindertenrelevante Auswirkungen:

keine

7. Integrationsrelevante Auswirkungen:

keine

8. Sozialraumrelevante Auswirkungen:

keine

9. Auswirkungen auf den Klimaschutz:

keine, da Berichterstattung

10. Mitzeichnung(en):

Mitzeichnung

Bezirksbürgermeisterin Remlinger

Bezirksamtsvorlage Nr. 611
zur Beschlussfassung -
für die Sitzung am Dienstag, dem 25.06.2024

1. Gegenstand der Vorlage:

Einbringung einer Vorlage- zur Beschlussfassung- bei der Bezirksverordnetenversammlung über die Genehmigung der im Haushaltsjahr 2023 zugelassenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen.

2. Berichterstatter/in:

Bezirksbürgermeisterin Remlinger

3. Beschlussentwurf:

I. Das Bezirksamt beschließt:

Die beigefügte Vorlage- zur Beschlussfassung- über die Genehmigung der im Haushaltsjahr 2023 zugelassenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen wird bei der Bezirksverordnetenversammlung eingebracht.

II. Bei der Bezirksverordnetenversammlung ist die beigefügte Vorlage zur Beschlussfassung einzubringen.

III. Mit der Durchführung des Beschlusses wird der Geschäftsbereich Bezirksbürgermeisterin beauftragt.

IV. Veröffentlichung: ja

V. Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen: nein

- a) Personalrat: nein
- b) Frauenvertretung: nein
- c) Schwerbehindertenvertretung: nein
- d) Jugend- und Auszubildendenvertretung: nein

4. Begründung, Rechtsgrundlage und Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung:

bitten wir, der beigefügten Vorlage an die Bezirksverordnetenversammlung zu entnehmen.

5. Gleichstellungsrelevante Auswirkungen:

keine

6. Behindertenrelevante Auswirkungen:

keine

7. Integrationsrelevante Auswirkungen:

keine

8. Sozialraumrelevante Auswirkungen:

keine

9. Auswirkungen auf den Klimaschutz:

keine, da Berichterstattung

10. Mitzeichnung(en):

Mitzeichnung

Bezirksbürgermeisterin Remlinger

**Übersicht über die im Haushaltsjahr 2023
in Anspruch genommenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben und
Verpflichtungsermächtigungen**

1. Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Alle Angaben in EUR

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige Ausgaben
3303	Rechtsamt		
44100	Beihilfen für Dienstkräfte Rechtsanspruch Beihilfeleistungen <u>Ausgleich:</u> positives Jahresergebnis 2023	1.000	76.863,40
3307	Serviceeinheit Personal und Finanzen		
44100	Beihilfen für Dienstkräfte Rechtsanspruch Beihilfeleistungen <u>Ausgleich:</u> positives Jahresergebnis 2023	116.000	75.805,08

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige Ausgaben
3701	Grundschulen		
82264	Kauf von unbebauten Grundstücken für das Verwaltungs- und das Stiftungsvermögen	---	403.285,75

Rückzahlung des Verbilligungsabschlags für Grundstücke in der Alexandrinenstraße wegen Nichterfüllung § 4 Abs. 1 des Kaufvertrages

Ausgleich: 4500/71901

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige Ausgaben
3915 Leistungen für Menschen mit Behinderungen			
67133	Eingliederungshilfe nach dem SGB IX für Menschen mit Behinderungen	80.558.000	1.604.009,70
Mehrausgaben bei T-HbL EGH durch gestiegene Anzahl an Anspruchsberechtigten und höheren Kosten			
<u>Ausgleich:</u> 3306/54040 1.506.438,41 €; 3800/67121 88.997,99 €; 4500/97120 8.573,30 €			
3995 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz			
67133	Eingliederungshilfe nach dem SGB IX für Menschen mit Behinderungen	113.000	94.253,75
Mehrausgaben bei T-HbL Asyl durch gestiegene Anzahl an Anspruchsberechtigten			
<u>Ausgleich:</u> 4500/97120 68.096,11 €; 3630/51140 26.157,64 €			

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige Ausgaben
4015	Leistungen für Menschen mit Behinderungen		
67133	Eingliederungshilfe nach dem SGB IX für Menschen mit Behinderungen	5.772.000	1.708.387,41
	Mehrausgaben durch hohe Kosten in wenigen aber besonders teuren Einzelfällen sowie durch Kostensatzsteigerungen. <u>Ausgleich:</u> 3810/54040 169.773,59 €; 3703/51420 215.408,28 €; 3701/51420 407.810,01 €; 3306/54040 884.974,22 €; 4500/97101 30.421,31 €		
67153	Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII innerhalb Berlins	9.127.000	211.654,92
	Mehrausgaben im Bereich HzE durch Kostensatzerhöhungen und gestiegene Fallzahlen, insbesondere durch unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sowie durch volljährig gewordene Flüchtlinge, die weiterhin durch das Jugendamt betreut werden sowie Stückkostensteigerung durch teure Einzelfälle mit verschiedenen Problemlagen. <u>Ausgleich:</u> positives Jahresergebnis 2023		
4042	Hilfe zur Erziehung und Inobhutnahme		
67130	Hilfe zur Erziehung nach § 27 SGB VIII	4.100.000	676.925,87
	Mehrausgaben im Bereich HzE durch Kostensatzerhöhungen und gestiegene Fallzahlen, insbesondere durch unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sowie durch volljährig gewordene Flüchtlinge, die weiterhin durch das Jugendamt betreut werden sowie Stückkostensteigerung durch teure Einzelfälle mit verschiedenen Problemlagen. <u>Ausgleich:</u> 3700/51902 54.321,82 €; 3306/51920 54.479,36 €; 3306/51140 76.848,38 €; 4500/54077 98.858,29 €; 4500/97101 392.418,02 €		
67187	Einsatz von Erziehungsbeiständen, Betreuungshelferinnen und Betreuungshelfern nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz	3.200.000	808.339,13
	Mehrausgaben im Bereich HzE durch Kostensatzerhöhungen und gestiegene Fallzahlen, insbesondere durch unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sowie durch volljährig gewordene Flüchtlinge, die weiterhin durch das Jugendamt betreut werden sowie Stückkostensteigerung durch teure Einzelfälle mit verschiedenen Problemlagen. <u>Ausgleich:</u> 3306/51900 104.934,08 €; 3810/81279 110.742,99 €; 3810/81179 114.727,80 €; 3810/54040 169.773,59 €; 4500/97101 308.160,67 €		

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige Ausgaben
	<i>Überplanmäßige Ausgaben</i>		5.256.239,26
	<i>Außerplanmäßige Ausgaben</i>		403.285,75
	Gesamt		5.659.525,01

2. Über- und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Alle Angaben in EUR

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige VE
3701	Grundschulen		
54010	Dienstleistungen	---	415.152,00

Verpflichtungsermächtigungen für den Abschluss eines Vertrages zur Beförderung von Schülern und Schülerinnen der Anna-Lindh-Grundschule zum Ausweichobjekt Saatwinkler Damm - Zeitraum 17.04.2023 bis 11.04.2025

Kapitel Titel	Bezeichnung	Ansatz	Über- / außerplanmäßige VE
	<i>Überplanmäßige VE</i>		<i>0,00</i>
	<i>Außerplanmäßige VE</i>		<i>415.152,00</i>
	Gesamt		415.152,00